

Bestätigung des Arbeitnehmers für geringfügig entlohnte Beschäftigungen**Arbeitnehmer**

Name:

Vorname:

Rentenvers.Nr:

DFBverein: 0

Arbeitgeber

Name TUS Hilstrup 1930 e.V.

Adresse Moränenstr.14, 48165 Münster

Betriebsnummer 4000 3531

☐ Die Arbeitnehmer erklärt, dass er keine weitere geringfügige Beschäftigung ausübt. X

Die Arbeitnehmer erklärt, dass er noch eine weitere geringfügige Beschäftigung ausübt. Bruttoverdienst monatlich hierbei

Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, den Arbeitgeber unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen, falls ein weiteres Beschäftigungsverhältnis, begonnen werden sollte und ihm über das insoweit zu erzielende Einkommen Auskunft zu erteilen.

Der Arbeitgeber macht den Arbeitnehmer darauf aufmerksam, dass mehrere geringfügige Beschäftigungen zusammengerechnet werden. Liegen infolge der Zusammenrechnung die gesetzlichen Voraussetzungen für die Annahme einer geringfügigen Beschäftigung nicht mehr vor, so werden die insoweit erzielten Einkünfte sozialversicherungspflichtig. Ferner weist der Arbeitgeber darauf hin, dass bei Vorliegen einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung nur eine geringfügige Beschäftigung vollständig sozialversicherungsfrei ist.

Der Arbeitnehmer nimmt hiermit zur Kenntnis, dass er sich bezüglich etwaiger Beitragsnachzahlungen zur Sozialversicherung schadenersatzpflichtig macht, soweit er dem Arbeitgeber weitere Beschäftigungsverhältnisse verschwiegen hat oder unzutreffende Angaben über die Höhe ihrer Einnahmen erteilt.

Münster,

Unterschrift X _____
()**Befreiung Versicherungspflicht**

☐ Hiermit beantrage ich die Befreiung von der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung im Rahmen meiner geringfügig entlohten Beschäftigung und verzichte damit auf den Erwerb von Pflichtbeitragszeiten. Ich habe die Hinweise auf dem „Merkblatt über die möglichen Folgen einer Befreiung von der Rentenversicherungspflicht“ zur Kenntnis genommen. Mir ist bekannt, dass der Befreiungsantrag für alle von mir zeitgleich ausgeübten geringfügig entlohten Beschäftigungen gilt und für die Dauer der Beschäftigungen bindend ist; eine Rücknahme ist nicht möglich. Ich verpflichte mich, alle weiteren Arbeitgeber, bei denen ich eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ausübe, über diesen Befreiungsantrag zu informieren. X

Münster, ,

Unterschrift Arbeitnehmer X _____
()

Erhalten am,

Unterschrift Arbeitgeber _____

DR. BEERMANN WP PARTNER GmbH WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT ·
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT MARKTALLEE 54 · 48165 MÜNSTER

Merkblatt über die möglichen Folgen einer Befreiung von der Rentenversicherungspflicht

Allgemeines

Seit dem 1. Januar 2013 unterliegen Arbeitnehmer, die eine geringfügig entlohnte Beschäftigung (450-Euro-Minijob) ausüben, grundsätzlich der Versicherungs- und vollen Beitragspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung. Der vom Arbeitnehmer zu tragende Anteil am Rentenversicherungsbeitrag beläuft sich auf 3,7 Prozent (bzw. 13,7 Prozent bei geringfügig entlohnnten Beschäftigten in Privathaushalten) des Arbeitsentgeltes. Er ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Pauschalbeitrag des Arbeitgebers (15 Prozent bei geringfügig entlohnnten Beschäftigten im gewerblichen Bereich bzw. 5 Prozent bei solchen in Privathaushalten) und dem vollen Beitrag zur Rentenversicherung in Höhe von 18,7 Prozent. Zu beachten ist, dass der volle Rentenversicherungsbeitrag mindestens von einem Arbeitsentgelt in Höhe von 175 Euro zu zahlen ist.

Vorteile der vollen Beitragszahlung zur Rentenversicherung

Die Vorteile der Versicherungspflicht für den Arbeitnehmer ergeben sich aus dem Erwerb von Pflichtbeitragszeiten in der Rentenversicherung. Das bedeutet, dass die Beschäftigungszeit in vollem Umfang für die Erfüllung der verschiedenen Wartezeiten (Mindestversicherungszeiten) berücksichtigt wird. Pflichtbeitragszeiten sind beispielsweise Voraussetzung für

- einen früheren Rentenbeginn,
- Ansprüche auf Leistungen zur Rehabilitation (sowohl im medizinischen Bereich als auch im Arbeitsleben),
- den Anspruch auf Übergangsgeld bei Rehabilitationsmaßnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung,
- die Begründung oder Aufrechterhaltung des Anspruchs auf eine Rente wegen Erwerbsminderung,
- den Rechtsanspruch auf Entgeltumwandlung für eine Betriebliche Altersversorgung und
- die Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen für eine private Altersvorsorge mit staatlicher Förderung (zum Beispiel die sogenannten Riester-Renten) für den Arbeitnehmer und gegebenenfalls sogar den Ehepartner.

Darüber hinaus wird das Arbeitsentgelt nicht nur anteilig, sondern in voller Höhe bei der Berechnung der Rente berücksichtigt.

Antrag auf Befreiung von der Rentenversicherungspflicht

Ist die Versicherungspflicht nicht gewollt, kann sich der Arbeitnehmer von ihr befreien lassen. Hierzu muss er seinem Arbeitgeber – möglichst mit dem beiliegenden Formular – schriftlich mitteilen, dass er die Befreiung von der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung wünscht. Übt der Arbeitnehmer mehrere geringfügig entlohnte Beschäftigungen aus, dann kann der Antrag auf Befreiung nur einheitlich für alle zeitgleich ausgeübten geringfügigen Beschäftigungen gestellt werden. Über den Befreiungsantrag hat der Arbeitnehmer alle weiteren – auch zukünftige – Arbeitgeber zu informieren, bei denen er eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ausübt. Die Befreiung von der Versicherungspflicht ist für die Dauer der Beschäftigung(en) bindend; sie kann nicht widerrufen werden. Die Befreiung wirkt grundsätzlich ab Beginn des Kalendermonats des Eingangs beim Arbeitgeber, frühestens ab Beschäftigungsbeginn. Voraussetzung ist, dass der Arbeitgeber der Minijob-Zentrale die Befreiung bis zur nächsten Entgelt-abrechnung, spätestens innerhalb von 6 Wochen nach Eingang des Befreiungsantrags bei ihm meldet. Anderenfalls beginnt die Befreiung erst nach Ablauf des Kalendermonats, der dem Kalendermonat des Eingangs der Meldung bei der Minijob-Zentrale folgt.

Konsequenzen aus der Befreiung von der Rentenversicherungspflicht

Geringfügig entlohnte Beschäftigte, die die Befreiung von der Rentenversicherungspflicht beantragen, verzichten freiwillig auf die oben genannten Vorteile. Durch die Befreiung zahlt lediglich der Arbeitgeber den Pauschalbeitrag in Höhe von 15 Prozent (bzw. 5 Prozent bei Beschäftigten in Privathaushalten) des Arbeitsentgeltes. Die Zahlung eines Eigenanteils durch den Arbeitnehmer entfällt hierbei. Dies hat zur Folge, dass der Arbeitnehmer nur anteilig Monate für die Erfüllung der verschiedenen Wartezeiten erwirbt und auch das erzielte Arbeitsentgelt bei der Berechnung der Rente nur anteilig berücksichtigt wird.

Hinweis: Bevor sich ein Arbeitnehmer für die Befreiung von der Rentenversicherungspflicht entscheidet, wird eine individuelle Beratung bezüglich der rentenrechtlichen Auswirkungen der Befreiung bei einer Auskunfts- und Beratungsstelle der Deutschen Rentenversicherung empfohlen. Das Servicetelefon der Deutschen Rentenversicherung ist kostenlos unter der 080010004800 zu erreichen. Bitte nach Möglichkeit beim Anruf die Versicherungsnummer der Rentenversicherung bereithalten.

DR. BEERMANN WP PARTNER GmbH WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT ·
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT MARKTALLEE 54 · 48165 MÜNSTER